
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 2
Datum 26. Februar 2014

15 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der kantonalen Politik für Zollikofen"; Antwort

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Hat er Ergänzungen?

Gemeinderat: Keine Ergänzungen.

Präsidentin: Nun hat der Interpellant Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme und er kann erklären, ob ihn die Antwort befriedigt oder nicht.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte dem Gemeinderat und dem Finanzverwalter danken für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die Antwort zeigt, dass die Zusammenhänge zwischen den Gemeindefinanzen und der kantonalen Politik komplex sind und ich bin dankbar, dass der Gemeinderat mit seiner Antwort zusätzliche Transparenz geschaffen hat. Ich habe jedenfalls viel Interessantes erfahren und hoffe, dass auch allen anderen, die den Text gelesen haben oder noch lesen, vieles klarer wird.

Ein paar Informationen möchte ich hervorheben. Zuerst das einzige Positive, dass ich der Interpellation entnommen habe: Der Versuchsbetrieb für die seit Jahren diskutierte Buslinie 41 Zollikofen – Ittigen soll im kommenden Dezember endlich gestartet werden mit zwei Jahren Verspätung wegen Sparmassnahmen. Allerdings müssen wir dafür noch einen Kredit bewilligen. Und ich hoffe, dass uns dafür nicht der absehbare Engpass in den Gemeindefinanzen in die Quere kommt.

Woher der Engpass kommt, sagt der Gemeinderat in seiner Antwort klipp und klar: Die kantonalen Steuergesetzrevisionen sind schuld, wenn in den Budgets von Zollikofen in den nächsten Jahren jeweils eine Million Franken fehlt. Man kann es auch positiver formulieren: Die kantonalen Steuergesetzrevisionen haben den Steuerzahlenden in Zollikofen eine Entlastung im Umfang von 0,7 Steuerzehnteln gebracht. Dass Leute mit hohem Einkommen mehr profitiert haben und weiter profitieren, zeigen die Beispiele zur Antwort eins.

Die Senkung der Autosteuern und die jüngsten Sparmassnahmen im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (kurz: ASP) wirken sich zum Teil direkt und zum Teil indirekt auf die Gemeindefinanzen aus – und dort, wo sie dies nicht tun, treffen sie andere: z.B. die Pensionäre im Altersheim, die Betreuten der Spitex, die Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler: Wie ich gehört habe, kommt die Sekstufe nur um einen gravierenden Lektionenabbau herum, weil sie mehr als ein Dutzend Schülerinnen und Schüler mehr unterrichten kann. Das heisst also: mit gleich vielen Mitteln mehr leisten! Solche Zusammenhänge sind fast nicht zu durchschauen. Ich bin deshalb froh, dass der Gemeinderat in Zukunft transparent und klar über die Auswirkungen der kantonalen Politik auf die Gemeindefinanzen informieren will.

Bemerkenswert sind auch seine Hinweise, dass die beschlossenen Sparmassnahmen in der Sozialhilfe und in der Psychiatrie für die Betroffenen „einschneidend“ sind und möglicherweise nur zu Kostenverlagerungen in die Sozialhilfe und in die Ergänzungsleistungen führen. Und dafür müssen dann wiederum wir alle bezahlen.

Wer die Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation liest, kann eigentlich nur zum Schluss kommen, dass die Steuersenkungs-, Spar- und Abbaupolitik der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat nicht das „Gelbe vom Ei“ war. Der Gemeinderat schreibt ja in seiner Antwort; zugegeben: diplomatisch, aber immerhin; dass er über verschiedene Auswirkungen der kantonalen „nicht besonders erfreut“ ist. Und er weist darauf hin, wer das zu verantworten hat: die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat. Ich hoffe, dass die Wählerinnen und Wähler am 30. März die richtigen Lehren daraus ziehen.

Präsidentin: **Ich stelle fest, dass das Geschäft hiermit erledigt ist.**

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE